Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Krenkel. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aus. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 68.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.50 Mark, monatlich 5.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 121. | Freitag, den 27. Mai 1921. | 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Morning Post zufolge wird von gut unterrichteter Seite erklärt, daß polnische Streitkräfte immer noch nach Oberschlesien einrücken.

*

Die Landesregierung in Steiermark beschloß unter dem Eindruck einer machtvollen deutschen Kundgebung in Graz, die Abstimmung über den Anschluß an Deutschland am 3. Juli stattfinden zu lassen.

*

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist der Bedarf an Brotgetreide bis zur nächsten Ernte vollständig sichergestellt.

*

Die letzte Rede Briands in der französischen Kammer wird bei der Entente allgemein als ein Rückzug des französischen Ministerpräsidenten bezüglich der von ihm getriebenen Gewaltpolitik angesehen.

Entartungen des Parteiwesens.

Reichstagsabg. Brodauf, der bekanntlich gegen die Annahme des Ultimatums gestimmt hat, veröffentlicht einen Artikel: Entartungen des Parteiwesens —, in dem er sich über die Abstimmung der Parteien beim Ultimatum wie folgt äußert:

Beim Ultimatum hat, wie bekannt, die große Mehrzahl der Parteien geschlossen entweder mit Ja oder Nein gestimmt, während die demokratische Fraktion in zwei nahezu gleiche Hälften (21 Nein, 17 Ja bei zwei Abwesenden) zerfallen ist und von der Deutschen Volkspartei immerhin sechs Abgeordnete sich durch ihr Ja von der Partei abgesplittert haben. Wenn viele das Getrenntstimmen der einen für das Befremdliche, die Geschlossenheit der anderen für das Natürliche halten, so liegt das an einer oberflächlichen Betrachtung. Gerade das geschlossene Auftreten großer Parteien in dieser Frage läßt bedenkliche Mängel unseres Parteiwesens erkennen. Es handelte sich doch nicht um eine Entscheidung, die von irgend einem Parteistandpunkt aus getroffen werden konnte; die Frage, ob Ja oder Nein zu sagen war, hatte mit dem Programm der einzelnen Parteien auch nicht das mindeste zu tun. Hätte jeder Abgeordnete seine Entscheidung unabhängig von einem Beschluß seiner Partei treffen können, so würde gewiß auch bei den Parteien, die geschlossen aufgetreten sind, sich mehr oder minder eine Verschiedenheit in der Auffassung bemerkbar gemacht haben. Auch bei Zentrumsleuten und den Mehrheitssozialisten, die geschlossen mit Ja stimmten, hat es vor der Entscheidung nicht an Stimmen gefehlt, die sich für das Unannehmbar aussprachen. Und umgekehrt weiß man, daß es bei den Deutschnationalen, die geschlossen mit Nein antraten, einige Abgeordnete gegeben hat, denen die Annahme des Ultimatums als das kleinere Uebel erschien. Die Geschlossenheit bei allen diesen Gruppen beruht nur auf dem sogen. Fraktionszwang, bei dem sich die Minderheit der Mehrheit zu fügen hat. In der demokratischen Fraktion war man sich von vornherein darüber klar und einig, daß eine Frage, wie sie hier zur Entscheidung stand, nicht zur Parteisache gemacht werden dürfe, daß hier die Ausübung eines Fraktionszwanges einen nicht zu verantwortenden Gewissenszwang bedeute. So dürfte und mußte, wenn auch das Für und Wider eingehend in vielen gemeinsamen Beratungen erörtert wurde, doch schließlich jeder nach seiner eigenen Ueberzeugung stimmen. Daß sich hierbei nahezu Stimmengleichheit ergab, lag in der Natur der Entscheidung. Einheitlich konnte sie nur dann sein, wenn man sich ausschließlich vom Gefühl hätte leiten lassen: gefühlsmäßig war die Ablehnung das Gegebene. Wer aber, das Gefühlsmäßige ausschaltete und sich nur von sachlichen Erwägungen leiten ließ, konnte, welchen Parteistandpunkt er auch einnimmt, in dieser Frage sowohl zum Ja wie zum Nein gelangen. Die sachlichen Gründe für und wider gegeneinander abzuwägen, war eine so schwierige Aufgabe, daß schließlich für den einen das Ja, für den anderen das Nein als das größere Uebel erscheinen konnte.

Es ist nicht der Zweck dieser Zeilen, daß das Für und Wider noch einmal behandelt werden soll. Hier soll nur der Finger auf eine Wunde in unserem Parteiwesen gelegt werden. Parteien sind eine Staatsnotwendigkeit; alle Bemühungen, sie aus der Welt zu schaffen, werden vergeblich sein. Zu bekämpfen sind nur die Entartungen des Parteiwesens. Eine solche aber liegt vor, wenn Abgeordnete sich in einer Frage, die zu den Grundanschauungen einer Partei in keinem Zusammenhang steht, gegen Ueberzeugung einem Fraktionsbeschluß unterwerfen müssen, sie liegt vor, wenn Abgeordnete in einer Frage, die von einem Parteistandpunkt aus nicht zu lösen ist, sich hinter einem Fraktionsbeschluß verstecken können. Eine Partei, die ihre Mitglieder zwingt, sich in einer solchen Frage einem Mehrheitsbeschluß zu unterwerfen, setzt sich dem Verdacht aus, daß sie die Partei über das Vaterland stellt, daß sie die Frage nicht rein sachlich, sondern von parteitaktischen Gesichtspunkten betrachtet, daß sie die Entscheidung trifft in der Absicht, damit Parteigeschäfte zu machen. Eine Partei, die in Fragen solcher Art ihre Abgeordneten nach ihrem eigenen Urteil entscheiden läßt, steht gewiß auf der höheren Warte. Eine andere Entartung unseres Parteiwesens, die Nichtachtung der Ueberzeugung anderer, hat sich auch jetzt wieder nach der Annahme des Ultimatums in bedenklichster Weise gezeigt. Wenn, um nur eines herauszugreifen, ein rechtsstehendes Berliner Blatt seine Betrachtungen überschrieb: Im Dienste Frankreichs —, wenn ein anderes Berliner Blatt von einem feigen und verlogenen Unterwerfungsschritt sprach und sich zu dem Ausspruch verstieg, 221 deutsche Abgeordnete hätten für das jüdische Geschäft und gegen die deutsche Ehre gestimmt, so sind das Auswüchse von verranntem Parteifanatismus: Verrohungserscheinungen in unserem politischen Leben, die jeden Vaterlandsfreund auf das tiefste betrüben müssen.

Endgültiger belgischer Landraub im Westen.

Der Präsident des Botschafterrates in Paris hat unter dem 3. Mai dem Vorsitzenden der deutschen Friedensabordnung eine Note in Sachen der deutsch-belgischen Grenzkommission als Antwort auf die Noten der Friedensabordnung vom 2. November 1920 und vom 7. Februar 1921 und 23. März 1921 übermittelt, in denen die Gründe auseinandergesetzt werden, die nach Ansicht der deutschen Regierung die Ungültigkeitserklärung gewisser von dieser Kommission getroffenen Maßnahmen erforderlich machen. Die Entscheidung der deutsch-belgischen Grenzkommission wonach die Eisenbahnstrecke Roeren—Kalterherberg der Monschauer Bahn Belgien zugesprochen wird, könne der Botschafterrat nur bestätigen. Den Belgien aufzuerlegenden Bedingungen zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Interessen der Bewohner des Kreises Monschau sei weitgehend Genüge geschehen. Das von der Grenzkommission befolgte Verfahren könne auch auf andere Punkte der Grenze Anwendung finden. Der Gesichtspunkt, einen Wechsel der Staatsangehörigkeit der Bewohner zu verhüten, sei leider von der Grenzkommission für das von Belgien an Deutschland abgetretene Gebiet nicht berücksichtigt worden. Die von Deutschland abgetretenen Gebietsteile besäßen zwar einen erheblich größeren Umfang, aber einen geringeren Wert (!), als die, die Deutschland gewinne. Wenn man allen Anträgen der deutschen Regierung stattgeben würde, würde Deutschland der gesamte Nordteil des Kreises Eupen mit ungefähr 12 000 Einwohnern zurückzugeben sein.

Anmerkung des W. T. B.: Die vorstehend im Auszug wiedergegebene Note bildet die Antwort auf eine Reihe deutscher Noten und eine deutsche Denkschrift, in der der Nachweis erbracht worden war, daß die Grenzkommission den Versailler Vertrag verletzt und ihre Befugnisse überschritten hatte, indem sie annähernd den dritten Teil des Kreises Monschau mit seiner einzigen Eisenbahn an Belgien schlagen wollte, obgleich Belgien nur Anspruch auf die Kreise Eupen und Malmedy hatte, und der Kreis Monschau im Vertrag überhaupt nicht erwähnt wird. Weiter war deutscherseits auf die praktische Unmöglichkeit der von der Grenzkommission ins Auge gefaßten Grenze hingewiesen worden, die ein wirres Durcheinander von Landesteilen, darunter solchen von nur wenigen Meter Breite, vorsah. Auf die durch eine reiche Fülle rechtlicher und wirtschaftlicher Beweise gestützten deutschen Ausführungen wird in der vorliegenden Note des Botschafterrates ebenso wenig eingegangen, wie auf den Kernpunkt der deutschen Noten, nämlich den Vorschlag, die Streitfrage durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen.

Oberschlesien – selbständiger Staat?

Chicago Tribune meldet: Von zwei verschiedenen Seiten geht uns die Bestätigung der Nachricht zu, daß Frankreich als Lösung der oberschlesischen Frage die Erhebung Oberschlesiens zum autonomen Staate empfehlen werde. Man nimmt die Schaffung eines autonomen Oberschlesiens unter der Kontrolle des Völkerbundes oder des Obersten Rates für eine Dauer von 30 Jahren in Aussicht, bis Deutschland seine Schulden bezahlt haben wird. Von verschiedenen Seiten wird berichtet, daß Frankreich, Italien und England die Absicht haben, ihre Vertreter in der interalliierten Kommission durch eine Kontrolle zu ersetzen. Dies wäre der erste Schritt zur Schaffung des autonomen Oberschlesien. Die drei genannten Mächte sollen der Errichtung eines ähnlichen Staates wie des Saarstaates günstig gesinnt sein. Oberschlesien würde in diesem Falle durch eine interalliierte Kommission, der Deutsche und Polen angehören, verwaltet werden. Frankreich hofft diesen Plan zur Annahme zu bringen. Auf diese Weise könnte Deutschland nicht mehr geltend machen, daß es die zur Bezahlung der Wiedergutmachungssumme nötigen Kohlenfelder verloren habe. Nach Ablauf von 30 Jahren soll dann eine neue Volksabstimmung stattfinden. Die polnische Opposition würde man durch das Versprechen beschwichtigen, die polnischen Interessen bei der nach Ablauf der 30 Jahre neu vorzunehmenden Abstimmung zu wahren. Eins der Hauptargumente der Italiener und Engländer zugunsten dieser Lösung sei, daß nach 30 Jahren Polen nicht mehr existieren werde, sondern auf friedlichem Wege von Deutschland oder Rußland in Besitz genommen sei.

Frankreich verschenkt das Memelland?

Wie von neutraler Seite berichtet wird, dringt Frankreich in Warschau mit aller Macht auf eine baldige Liquidierung der Wilna-Frage, über die Polen und Litauen in Brüssel verhandeln, ohne bisher zu einem Ergebnis gekommen zu sein. Frankreich erhofft durch Polens Zugeständnisse an Litauen in der Wilna-Frage, an der England durch seine Randstaatenpolitik stark interessiert ist, Zugeständnisse Englands in der oberschlesischen Frage, dann aber einen günstigen Eindruck auf die übrige Welt. Als Entschädigung Polens für die Aufgabe Wilnas und das Verbleiben eines Teiles des oberschlesischen Industriegebietes bei Deutschland hat Frankreich den Polen den Erwerb des Memeler Gebietes, das ja von Frankreich verwaltet wird, und über dessen endgültiges Schicksal noch keine Entscheidung gefallen ist, in sichere Aussicht gestellt. Hierzu und um einen Uebergang Memels in polnische Hände vorzubereiten, hat die französische Regierung den bisherigen Gouverneur General Otry, der den polnischen Plänen im Memelland Schwierigkeiten machte, und bis zu einem gewissen Grade sogar für eine gerechte Behandlung der deutschen Bevölkerung eintrat, abberufen und durch den vollkommen im Fahrwasser der französisch-polnischen Entente schwimmenden Präfekten Petitjue ersetzt. Die Ergebnisse seiner kurzen Regierungstätigkeit sind bereits die Errichtung eines polnischen Konsulates, einer polnischen Bank und mehrerer anderer Handelsunternehmungen in Memel.

Frankreich und England.

Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph stellt eine Entspannung zwischen London und Paris fest, erklärt jedoch, daß man sich nicht der Täuschung hingeben dürfe, daß jetzt das oberschlesische Problem einigermaßen gelöst sei. Die Festsetzung der Grenze wird, nach den großen Meinungsverschiedenheiten, die noch immer die französische und britische Regierung in dieser Frage trennen, zu schließen, fast sicher zu scharfen Auseinandersetzungen führen. Durch die Ereignisse der letzten Tage wird gewonnen werden, daß diese Meinungsverschiedenheiten, so ernst sie auch bleiben, auf der Sitzung des Obersten Rates in einer Stimmung erörtert werden, die von der in der letzten Woche herrschenden sehr verschieden ist.

Fortdauer der oberschlesischen Kämpfe.

Die Drahtverbindung mit dem Industriegebiet ist nach wie vor unmöglich. Aus Kattowitz in Oppeln eingetroffene Bürger berichten über die großen Leiden der dortigen Bevölkerung. In den übrigen Kreisen ist die Lage wenig verändert. Im Kreise Rosenberg unternahmen die Aufständischen mehrere Vorstöße. Lowoschau und Wochow wurden von ihnen besetzt. Ein weiterer mit starken Kräften geführter Vorstoß in der Gegend von Zembowitz auf Neudorf scheiterte. Die Aufständischen mußten schließlich den Bahnhof Zembowitz räumen. Die Insurgenten wurden bei ihrem Vordringen durch einen polnischen Panzerzug unterstützt. In der Gegend von Kosel haben sich die polnischen Banden verstärkt. Bei Doschowitz, Januschkowitz und Rogau kam es zu heftigen Schießereien. Die Polen verwandten dabei auch Minenwerfer. Auch aus dem Kreise Rattbor werden mehrere Zusammenstöße gemeldet. Die Rybniker Chaussee, sowie die Straße von Lubowitz nach Brzesnitz wurde stark beschossen. Eine gegen Roschkau über die Oder vorgegangene polnische Bande konnte vertrieben werden.

Ein Aktionsausschuß zum Schutze Oberschlesiens.

Wie die Schlesische Volkswacht erfährt, fand in Oberglogau eine Versammlung der Führer der politischen Gewerkschaften und Parteien statt, um für die Bevölkerung des unbesetzten Oberschlesiens einen Aktionsausschuß zu bilden. Der Leiter der Verhandlungen Reichstagsabgeordneter Pfarrer Ulitzka, empfahl die Schaffung einer Volksvertretung als Grundlage der Selbstschutzorganisation. Diese Volksvertretung soll in dem führerlosen Oberschlesien neben anderen Aufgaben auch geeignete Maßnahmen treffen, um gegen etwaige neue Angriffe der Polen einen geeigneten Schutz zu bilden. Die Versammlung wählte einen Aktionsausschuß, der aus je zwei Mitgliedern des Zentrums, der Sozialdemokraten, je einem Mitglied der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen, drei Vertretern der Gewerkschaften und drei Vertretern des deutschen Plebiszitkommissariats und des Selbstschutzes besteht.

Englischer Optimismus über Oberschlesien.

Die Morning Post meldet: Im Unterhaus gab die Regierung durch Churchill auf eine Anfrage Hendersons über Oberschlesien die Erklärung ab, daß die Säuberung Oberschlesiens nur noch eine Frage von Tagen sein könne. Die englische Regierung bleibe entschlossen, keine einzige Handlung der Aufständischen anzuerkennen. In Oberschlesien sei Englands Ehre verpfändet, einmal durch den Versailler Vertrag und dann auch durch die interalliierte Verwaltung des strittigen deutschen Grenzgebietes.